

Wolftsonde

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien
seit dem 01.01.2018 für die achtgehaltene Zeile,
außerhalb 0,14 zł. Anzeigen unter Text 0,50 zł.
von außerhalb 0,60 zł. Bei Wiederaufnahmen
zweitliche Ermäßigung.

♦ Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens ♦

Aboonement: Vierzehntäglich vom 16. bis 31. J. cr.
1,65 zł, durch die Post bezogen monatlich 4,00 zł.
Zu bezahlen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice,
Beatestraße 29, durch die Filiale Königsberg, Königsberger
Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolportage.

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postkonto P. K. O., Filiale Katowice, 300174. — Fernprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Katowice: Nr. 2037; für die Redaktion: Nr. 2004

Das andere Gesicht

Noch immer lastet unheilschwere jene Gischtatmosphäre, eine der trostlosesten Begleitercheinungen der Plebisitzperiode die Ethik und Moral breiter oberschlesischer Volkskreise auf das heiligste in den Grundfundamenten erschütterte, auf unserer engeren Heimat. Die Wunden, die sie schlug, sind noch lange nicht verheilt und dazu wird es noch langer Jahre bedürfen, langer Jahre, ehe ein Gesundungsweg, den wir nicht nur wir allein im Interesse unserer Bevölkerung, insbesondere der werktätigen sehnlichst erwünschen, einsehen wird. Ununterbrochen tobte hier der Nationalitätenkampf weiter, überall seine verwüstenden Spuren hinterlassend. Und gerade wir, die Arbeiterschaft, das Gros Oberschlesiens Einwohnerchaft, haben daran am schwersten zu tragen. Denn ist es nicht Tatsache, dass in diesen zermürbenden, allen kulturellen Fortschritt innerhalb der Arbeiterklasse lähmenden Kampf der Arbeiter selbst in das vorderste Treffen geschickt wurde und sich in einem sinnlosen Haß, den das niemals niedern denkt und nüchtern bezeichnende Kapital und die führenden Drahtzieher der nationalistischen Lager unablässig schüren, zerfleischt. Vergessend, was ihm heilig sein müsste, den Kampf um sein fanges Brot, welches ihm von Tag zu Tag geschmälert wird, und um alles das, was ihm die Jahre 1919 und 1920 auf arbeitsrechtlichem und sozialem Gebiet in den Schoß warfen.

Die von Jahr zu Jahr sich wiederholenden Lohnlängen, in denen fast immer die Arbeiterschaft unterlag, das fortwährende Untergraben aller bestehenden sozialen Einrichtungen, des Arbeitersrechtes, die unerhörte sich steigende Ausbeutung der Arbeitskraft ließen zwar hier und da die Arbeiterschaft stutzig werden, aber zu groß war der Einfluss der nationalistischen Einstellung verankert, als dass die Arbeiterschaft sich eigentlich bewußt gewesen wäre, wie unheilvoll sie sich selber schädigte. Aber trotz aller nationalen Verbündetenheit verschärftete sich der Kampf zwischen Kapital und Arbeitnehmertum zusehends. Hand in Hand gingen hier der deutsche u. polnische Arbeitgeber zusammen u. ließ nationale Belange Belange sein, sobald es um ihren Profit ging. Es würde zu weit führen, wollten wir hier auf Einzelheiten eingehen, aber es ist Tatsache, dass "ih" beide Richtungen ausgezeichnet verstanden, als es galt, der Arbeiterschaft Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Ist es da verwunderlich, wenn ein Teil der oberschlesischen Arbeiterschaft, die sozialistische, aus diesen Geschehnissen heraus die Konsequenz zog und sich endlich wieder zurecht fand auf den alten traditionellen Weg, der uns doch so deutlich umrissen ist. Stimmt, er ist noch sehr dornenvoll dieser Weg, noch viele Gegenseiter werden auszugleichen sein, aber wir hegeln die Zuversicht, dass es dem vereinten guten Willen gelingen wird, nicht nur der sozialistischen Idee allein wegen, alles Unehnabeiseite zu räumen. Und kaum beschritten wir diesen Weg, der doch eine Selbstverständlichkeit auch für uns ist, nicht nur für die Industriemagnaten, da fallen die nationalistischen Lager über uns her; dort heißt es „draiza“ hier Verräter, nur weil man ihnen vernünftigerweise die Gefolgschaft verweigert und weiterhin verzichtet, den Selbstmordkandidaten zu spielen. Doch wie ist es in Wirklichkeit bei diesen Erzparteien beider Richtungen um ihren Patriotismus bestellt? Ist er in der Tat so uneigennüchsig, beruht er auf idealen Grundlagen. Lassen wir doch mal sehen, wie er bei unseren lieben bürgerlichen Freunden und vor allem bei denen, die über den Berrat am lautesten schreien, aussieht.

Greifen wir nochmals in die Plebisitzperiode zurück. Den, der sie noch nicht vergessen hat, wird nicht unbekannt sein, welche Rolle die heutigen Erzparteien ihn ihr spielten. Der Arbeiter stand damals in der vordersten Linie, auch der sozialistisch eingestellte, und stellte das hervorragendste Kämpfermaterial, während die sogenannte gute Gesellschaft mit wenigen Ausnahmen sich durch das in den Windel verloren und ängstlich nach dem politischen Barometer schielte, aber zur gelegenen Zeit hervorkam und sich je nachdem, die Märtyrerkrone oder auch den Lorbeerkrans auf das Haupt drückte; der Arbeiter ließ sich das gefallen, er verstand eben nicht besser. Heute ist es auch nicht anders. Dasselbe Spiel wiederholt sich. Die, die ihr Wertvollstes im Kampf um die Heimat hergaben, sind zum alten Eisen geworfen worden, stehen abseits, während in den Rechtslagern sich eine Schicht breit gemacht hat, die am allerwenigsten dazu Berechtigung hat, eine Schicht, deren nationales Gefühl ein rein berufsmäßiges ist und je nachdem, wie die Bezahlung bemessen ist, sich gibt, die mit den Interessen des oberschlesischen Volkes noch nicht harmoniert, es nie verstand, sich in seine Eigenarten hineinzudenken, doch jetzt sich als sein Retter aufspielt, weil es doch so schön ist, im Mittelpunkt des politischen Lebens zu stehen, wenn dabei nicht viel zu riskieren, aber viel zu gewinnen ist, weil noch späterhin eine gute Prämie winkt und für eine Seite noch der so schöne Nimbus des Märtyrerthums, abgesehen von den anderen guten Dingen, die für brave Patrioten stets in Bereitschaft gehalten werden, hüben wie drüber. Und wie trug man die Dankeschulden an die Arbeiterschaft ab? Das ist auch ein trostloses Kapitel, über das man besser schweigt. Wie dankt man ihm heute. — Begann es in ihm endlich zu dämmern, erkennt er, welch zweideutiges Spiel seit Jahren mit ihm die nationalistischen

Das Ende der Weltfriedenspaktidee

Paris. „New York Herald“ meldet aus Washington, dass man in amerikanischen politischen Kreisen der Auffassung sei, dass die Antwort Briands an Kellogg, das Ende der Verhandlungen über einen vierseitigen Vertrag betreffend den Verzicht auf einen Krieg bedeutet. Jede weitere Unterhandlung über dieses Thema wäre zwecklos. Es bleibt nur eine Auffassung übrig, dass die mit den Großmächten eingeleiteten Verhandlungen zu der Veröffentlichung einer Erklärung führen, die den Krieg verurteilt. Diese Erklärung würde sodann einen Erfolg für den geplanten vierseitigen Vertrag bedeuten und sicherlich von hohem, moralischem Wert sein. Ohne aber die einzelnen Regierungen irgendwie zu verunsichern, Kellogg würde, nachdem er seinen Vorschlag auch anderen Großmächten unterbreitet hat, deren Antwort abwarten, bevor überhaupt ein weiterer Schritt der Vereinigten Staaten zu erwarten sei, was aber nicht besagen soll, dass die streng persönlichen Verpflichtungen nicht fortgeführt werden.

Senator Borah gegen die Kriegsheereien

New York. Senator Borah sprach sich aller Schwärmens gegen das amerikanisch-englische Wettrüsten aus. Senator Borah sah sich zu seiner Rede veranlasst, durch eine Rede des Admirals Plunkett, der den Krieg mit England für nahe und unvermeidlich erklärt und durch die Forderung des Admirals Hughes des Chefs der amerikanischen Flottenoperationsleitung auf dem Brissenschau der amerikanischen Marine. Senator Borah forderte Amerikas Bevölkerung auf, schnellstens gegen alle Kriegsheereien vorzugehen, da sie unheilvoll seien. Ein derartiges vergrößertes Flottenprogramm in Verbindung mit Erklärungen der Admirale

beider Länder seien dazu angetan, den Krieg herauszubringen. Eine große amerikanische Flotte sei kein Landesschutz mehr, sondern sei ein Instrument, für den nahen unvermeidlichen Krieg. Admiral Hughes forderte nämlich nicht nur ein Riesenprogramm, sondern erklärte, dass das nur ein Anfang sei. Gleichzeitig drückte Hughes die Möglichkeit von Reibungen aus, die den Krieg bedeuten würden. Senator Borah erinnerte an das Beispiel des englisch-deutschen Wettrüsts und erklärte, dass alle Nationen rüsten würden, wenn eine zu rüsten beginne. Einige Drohungen genügten, und der Krieg sei da.

„Petit Parisien“ zu Briands Antwort an Kellogg

Paris. In der ersten französischen Kommentaren zu der Antwort Briands an Kellogg wird bereits verucht, die Verantwortung für ein evtl. Misserfolg der Verhandlungen zwischen Paris und Washington über die Frage eines Kriegsvertrags auf die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten zurückzuführen. So betont der offizielle „Petit Parisien“, dass die französische Note auf alle Fälle die Fortführung der Verhandlungen ermöglichte. Briand hätte als weitere Diskussionsbasis den vom Völkerbund im vergangenen September gefassten Beschluss gegen den Angriekrieg vorschlagen und es dem französischen Botschafter überlassen, die sonstigen Argumente, die er gegen den Standpunkt der Vereinigten Staaten anführen könne, gründlich vorzubringen.

Thomas in Warschau

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Th. L. Warschau, 22. Januar.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts Albert Thomas hielt Sonntag vormittag auf Einladung des polnischen Vereins der Völkerbundsfreunde einen Vortrag über den „Bau des Friedenswerkes“, zu dem sich zahlreiche polnische Politiker, u. a. auch der polnische Völkerbunddelegierte, Sokal, eingefunden hatten. In einer rethorisch ausgewählten Rede erklärte Thomas, dass die wichtigste Voraussetzung für die Sicherung des Friedens der Glaube an seine Möglichkeit sei, sowie die Erkenntnis an seine überlegene moralische Bedeutung. Man müsse Vertrauen zu den praktischen Anfängen des Friedenswerks, die die Arbeiten des Völkerbundes darstellen, besitzen. Wenn man auch von manchem, was der Völkerbund tut, besonders in initiativer Richtung, nicht ganz befriedigt sein kann, so dürfe doch nicht vergessen werden, dass der Bund noch ein Kind von 8 Jahren sei, das Schonung verdient. An der Bewilligung des Völkerbundes als eines Friedenssicherers wird immer noch gearbeitet, erst fürsichtig durch den bekannten polnischen Antrag. Auch an anderen Versuchen in dieser Richtung habe es nicht gefehlt, die jedoch, wie das Generalkonzept, leider nicht verwirklicht werden konnten.

Besonders wichtig für die Sicherung des Friedens sei eine klare Formulierung der internationalen Verträge und Abmachungen, wie sie besonders bei den Arbeitsschutz- und Zeitaufnahmen zum Ausdruck kommen.

Thomas erklärte ferner, folgende Faktoren als Hauptkräfte an dem Bau des Friedenswerks zu erkennen: die internationale Verständigung wirtschaftlicher Unternehmungen, die zwar durch

die über einzelne Länder hinausgehende Bildung von Kartellen manche Gefahren in sich bergen, sich aber in praktischer Beziehung als wertvoll erwiesen haben. So sei die zwischen großen deutschen und französischen Industrien erfolgte wirtschaftliche Verständigung auch in politischer Beziehung von Vorteil gewesen. Daneben betrachtet Thomas als einen weiteren Stein zum Friedensbau den merikanischen Idealismus, den schon Taurez in den allgemeinen Friedensbau einzupassen empfohlen. Eine nicht hoch genug einzuschätzende Hilfskraft für die Sicherung des Friedens sei ferner die Arbeiterinternationale, deren Bedeutung und Tätigkeit Thomas, als Direktor des Arbeitsamts, am besten zu würdigen verstehe. Die regelmäßige Zusammenkunft von Führern des schaffenden Volkes der einzelnen Länder schaffe eine Plattform der Verständigung und des Vertrauens von größter Wichtigkeit. Im Sinne der alten Maxime, dass Arbeiter und Wissenschaft zusammengehören, stelle auch die internationale Zusammenarbeit der Gelehrten auf dem Wege des Austausches von wissenschaftlichen Erfahrungen einen weiteren Faktor am Friedenswerk dar. Schließlich nannte Thomas als letzte, aber nicht geringste Kraft bei dem Friedensbau das Verlangen der Völker nach dem Selbstbestimmungsrecht, das den Völkern in keiner Weise störe, sondern nur geeignet sei, ein harmonisches Zusammenleben mit den anderen Völkern zu fördern.

Den Vortrag Thomas' belohnt reicher Besuch. Nach dem Vortrage begab sich Thomas zu einer Audienz bei Marschall Piłsudski, nachdem er am Vortrag dem Staatspräsidenten vorgestellt wurde.

Parker Gilbert wieder in Berlin

Berlin. Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, ist gestern von seiner mehrwöchigen Reise nach den Vereinigten Staaten wieder nach Berlin zurückgekehrt. Damit ist sein offizieller Weihnachtsurlaub, den Parker Gilbert regelmäßig in den Vereinigten Staaten verbringt, zu Ende. Die diesjährige Reise Gilbergs hat jedoch deshalb ganz besondere Bedeutung, weil wichtige Besprechungen sowohl in Washington mit der amerikanischen Regierung als auch in Paris mit der französischen Regierung bzw. der Reparationskommission und in Brüssel mit der belgischen Regierung über dringende das Reparationsgesamtproblem angehende Fragen stattgefunden haben. Man darf deshalb wohl erwarten, dass nach der Rückkehr Gilbergs nach Berlin nunmehr auch hier Besprechungen vorstehen.

Drahtzieher trieben, dann heult man auf: Verräter. Gut, dass wir dieses andere Gesicht auch zur Kenntnis bringen müssen, wir hoffen aus ihm noch manche gute Lehre zu ziehen.

Ein Hindernis für die deutsch-französische Annäherungspolitik

Paris. Im „Soir“ greift heute Robert Lajuridic in die Debatte über das Rheinlandproblem ein. Er bezeichnet die Rheinlandbesetzung als ein Hindernis für die deutsch-französische Annäherungspolitik. Man könne darum auch die in Deutschland durch die Erklärung Paul Boncours auf dem Sozialistenlongeze und sein fünftes Interview in einem Pariser Mittagsblatt herveröffentlichte Erregung verstehen. Paul Boncour habe niemals daran gedacht, Investitionsmaßnahmen allein auf Deutschland zu beschränken. Er verlangt vielmehr, dass alle Völker den Weg der Abrüstung beschreiten und die Sicherheit durch eine sich auf alle Nationen erstreckende Kontrolle garantiert werde. Deutschland, das entwaffnet sei und loyal seine Verpflichtungen erfülle, habe keinen Grund, dieser Formel nicht zuzustimmen. Es wäre auf jeden Fall ungerecht, Paul Boncour zu einem Gegner der Rheinlandräumung zu stempeln. Vielleicht als erster französischer Politiker habe er die Abberufung der französischen Truppen aus dem besetzten Gebiet gefordert.

J. H.

Eine Revision der amerikanisch-chinesischen Verträge

Neu York. Wie aus Washington berichtet wird, hat der Sekretär der amerikanischen Gesellschaft für fremde Mission in einer Rede in Atlantic City erklärt, ihm sei von autoritativem Seite mitgeteilt worden, daß eine Konferenz zwecks Revision der zwischen den Vereinigten Staaten und China bestehenden Verträge noch in den ersten drei Monaten des Jahres einberufen werden würde. Chinesische Seien bereits Vertreter für diese Verhandlungen benannt worden.

Dieser Mitteilung des Sekretärs der Missionsgesellschaft kommt besondere Bedeutung zu, da bekanntlich die amerikanischen Missionsgesellschaften in China stark interessiert sind und außergewöhnlich gut unterrichtet zu sein pflegen. Ein Zustandekommen einer chinesisch-amerikanischen Konferenz zur Herbeiführung einer Revision der bestehenden Verträge würde größte politische Bedeutung bekommen, da eine Stellungnahme der Vereinigten Staaten zugunsten einer Revision der Verträge naturngemäß die Lage aller europäischen Mächte in China entscheidend beeinflussen würde.

Die Generale Demarche der Kleinen Entente

Gens. Die Demarche der Kleinen Entente beim Völkerbund in der Waffentransportaffäre in Szent Gotthard hat eine weitere Verzögerung erfahren. Während man am Sonnabend noch damit rechnete, daß die Überreichung der Note am Montag vormittag stattfinden würde, erscheint es jetzt als wenig wahrscheinlich, daß die Note noch heute überreicht wird. Die beiden Völkerbund akkreditierten Vertreter Jugoslawiens und der Tschechoslowakei sind bereits im Besitz der Noten ihrer Regierungen. Jedoch ist die Note der rumänischen Regierung bisher noch nicht eingetroffen. Die Verzögerung scheint auf den Besuch zurückzuführen zu sein, den der rumänische Delegierte beim Völkerbund, Comnen, der kürzlich zu rumänischen Gefänden in Berlin ernannt worden ist, dem rumänischen Außenminister Titulescu in San Remo erstattet hat. Die drei Noten der Kleinen Entente sollen über den Rahmen eines formalen Unterzeichnungsantrages hinausgehen und mehr den Charakter einer ausführlich erläuterten Denkschrift tragen, in denen ausführlich die Vorgänge in Szent Gotthard dargestellt sind und in denen auf die möglichen Folgen hingewiesen wird.

Deutsch-litauischer Schiedsgerichtsvertrag?

Berlin. Wie nunmehr feststeht, wird der litauische Ministerpräsident Voldemaras am Mittwoch zu mehrtagigen Beprechungen in Berlin eintreffen. In erster Linie wird über den deutsch-litauischen Handelsvertrag verhandelt werden, ferner steht eine Reihe von Abkommen, die sich aus dem Verlust des Memelgebiets an Litauen ergeben haben, zur Beratung. Es handelt sich hier besonders um die Regelung der Fischerei, des Grenzverkehrs, die Frage der Militärsrenten und Beamtenpensionen, sowie um den weiteren Aufenthalt der Orlanzen. Außerdem ist anzunehmen, daß über den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages, wie Deutschland ihn bereits mit anderen Ländern abgeschlossen hat, verhandelt werden wird.

Um das Tagungsrecht des memelländischen Landtages

Memel. Das Memeler Dampfboot beschäftigt sich erneut mit dem Tagungsrecht des memelländischen Landtages, und weiß an Hand des Memelstatutes nach, daß es ganz unmöglich sei, daß der Gouverneur über die wichtigen ordentlichen Tagungen des Landtages ganz allein verfügen könne, während es bei der Abberaumung außerordentlicher Tagungen der Mitwirkung einer großen Anzahl von Abgeordneten und auch noch der Zustimmung des Direktoriats bedürfe. Über den Umfang der laufenden parlamentarischen Arbeiten müsse das Parlament am besten selbst Bescheid wissen. Ihm müsse es deshalb auch überlassen bleiben, über die Arbeitsdauer zu entscheiden. Es wäre ein Urteil einer Körperschaft nach dem freiesten Wahlrecht wählen zu lassen, ihr gesetzgebende Gewalt zu verleihen, sie Landtag zu nennen und ihr doch jede Versammlungsfreiheit aus eigener Machtvolkommenheit zu nehmen. Der Geist des Statuts sei doch ein anderer.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

23)

Der Sturm wird stärker; nur mischt sich Schnee hinein. Im Zotteltrab dringt die Karawane durch das eisige Flockenmeer, das heftiger und wütender wird von Viertelstunde zu Viertelstunde. Endlich, in der Mitte der Nacht, erklärt einer der Führer, daß die Tiere nicht weiterkönnen; er merkt an ihrem zitternden Gang, daß sie am Zusammenbrechen sind, und es heißt vorbeugen, ehe es zu spät ist. Heulend peitscht der Schneefürst die Gesichter. Man legt sich nieder, zündet Feuer an, kost Tee. Die Reisenden kriechen in ihre Schlafsäcke; sie schmiegen sich an die Tiere, deren Körper sie vor dem schlimmsten Sturm schützt.

Aber die Kälte wächst. Lenoir schlängt wieder ein; gegen Morgen wacht er auf; ein unerträgliches Kältegefühl peinigt ihn. Das Thermometer zeigt vierzig Grad Raumur. Ein Führer kommandiert: „Aufstehen! Bewegung!“

Es ist die einzige Rettung vor dem Erfrieren.

Die Karawane bricht auf. Aber die Wüste, dieser entsetzliche russische Schneesturm, der schlosen gegangen war gegen Morgen, wacht von neuem auf; er heult den Wanderern entgegen, vom Gebirge her tobt es in winselnden Wirbeln. Es ist unmöglich, einen Schritt vorwärts zu machen. Die Führer schwingen ihre Peitschen, treiben Tiere und Menschen mit unbarmherzigen Schlägen an. Für eine Stunde geht es weiter. Dann nützt selbst dieses Mittel nicht mehr — aller Mut ist dahin, eine grenzenlose Gleichgültigkeit gegen alles, gegen Tod und Schmerzen, hat sich der Reisenden bemächtigt.

Der Sturm wird noch eisiger; das Thermometer sinkt auf sechsundvierzig Grad. Die Wandernden, erfüllt von ohnmächtiger Verzweiflung, brüllen ihren rasenden Schmerz in die Nacht hinaus. Brüllend antworten ihnen mongolische Steppenhunde. Plötzlich stockt die Karawane. Die Tiere legen sich nieder; weder Schläge noch Zurufe vermögen etwas auszurichten. Man schiebt ihnen brennendes Holz unter die Körper; sie wissen, daß es keine Rettung gibt, sie kennen aus tausendjährigen Instinkten ihr Schicksal. Ruhig richtig sie ihre Köpfe auf und sehen mit trostlosen Augen in die Ferne; langsam hält der weiße Tod sie ein. —

Die Streitlage in der mitteldeutschen Metallindustrie

Halle. Die Bezirksgruppe Halle des Verbandes der Metallindustriellen hat beschlossen, die Arbeiter am Dienstag abend nach Schichtschluß auszusperren. Außer dem bereits Streikenden 7000 Arbeitern werden weitere 1000 Mann in insgesamt 62 Betrieben von der Aussperrung betroffen. Die Aussperrung erstreckt sich nicht auf Lehrlinge und Kriegsbeschädigte. Die Streikenden halten heute vormittag eine weitere Massenversammlung im Volkspark ab, in der über die Streitlage berichtet wurde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Aussperrung in den sächsischen Gußstahlwerken

Dresden. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union erfährt, ist die gesamte Belegschaft der sächsischen Gußstahlwerke, Aktiengesellschaft, in Freital, am Sonntag früh um 6 Uhr ausgesperrt worden, weil sich die Arbeitsbesetzung beharrlich geweigert hat, die ihr auf Grund des für verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 29. Dezember 1927 obliegenden Verpflichtungen einzuhalten. Die Gesellschaft hat sich jedoch bereit erklärt, den Betrieb wieder aufzunehmen, sobald sich eine genügende Anzahl von Arbeitern gefunden hat, die den für verbindlich erklärten Schiedsspruch anerkennen wollen.

Heute vormittag fand in Freital-Döhlen eine Belegschaftsversammlung statt, in der eine Streitkommission gebildet worden ist. Dringende Notstandsarbeiten sollen verrichtet werden. Von der Aussperrung werden etwa 2000 Arbeiter betroffen.

Bor der Finanzdebatte in der französischen Kammer

Paris. Die in parlamentarischen Kreisen mit soviel Ungezügeln erwartete Aussprache über die finanzielle Lage Frankreichs wird morgen, Dienstag Nachmittag, in der Kammer eröffnet werden. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß die Diskussion sich auf rein akademische Gebiete erstrecken wird und glaubt nicht, daß der Regierung irgendwie Gefahr drohe. Bis jetzt sind insgesamt 18 Interpellationen gemeldet. In nationalistischen Kreisen wird versichert, Poincaré sei entschlossen, die Aussprache auf rein finanzielles Gebiet zu halten und werde deren Übergreifen auf polnisches Gebiet zu vermeiden wissen.

Rumäniisierung des ehemalig ungarischen Gebietes

Wien. Wie aus Budapest gemeldet wird, hat der Bürgermeister von Großwardein 93 Beamte, die noch aus der Zeit der ungarischen Herrschaft angestellt waren, entlassen. Unter den Entlassenen befinden sich Beamte, die z. T. auf eine 20- bis 25-jährige Dienstzeit zurückblicken können. Es heißt, daß der Bürgermeister durch diese Maßnahme seine Stellung gegenüber Bukarest fest gen will.

Megistos Vorstoß in Havanna

Neu York. Der von der mexikanischen Delegation auf der panamerikanischen Konferenz eingebrachte Vorschlag auf Neugliederung der panamerikanischen Union zuungunsten Amerikas ist von den Rednern sämtlicher an der Konferenz teilnehmenden Delegationen als unzweckmäßig abgelehnt worden. Damit ist der mexikanische Vorschlag erledigt.

Im weiteren Verlauf der Beratungen der Konferenz sprach sich der Vertreter Argentiniens, Puzyredon, scharf gegen die hohen Zölle innerhalb Amerikas aus, durch die die freundlichen Beziehungen zwischen den amerikanischen Nationen äußerst erschwert würden. Puzyredon, meinte hierbei zwar nicht die Vereinigten Staaten, doch dürfte er diese gemeint haben.

Deutschland ratifizierte zuerst

Gens. Der deutsche Generalkonsul S. Achmann überreichte heute dem Generalsekretariat des Völkerbundes die Urkunde der vom Reichspräsidenten am 18. Januar vollzogene Ratifizierung für das auf der Internationalen Arbeiterkonferenz am 15. Juni 1927 angenommene Internationale Abkommen über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer im Handel, Gewerbe, häuslichen Diensten und Landwirtschaft. Deutschland ist der erste Staat, der die Ratifizierung dieses Abkommens vollzogen hat.

Ein Schuß fällt. Ein zweiter hallt durch die Nacht. Der Aufschrei eines getroffenen Wolfes antwortet.

Lenoir, von einer zitternden Unruhe erfaßt, macht stampfend die Runde um das Karawanenlager. Dort liegt, eine dunkle Masse, regungslos eines der Kamele. Der Arzt zieht die Taschenlampe und leuchtet ihm ins Gesicht. Es weint. Seine Tränen sind gefroren und hängen ihm als kleine Eiszapfen im Gesicht. Lenoir betrübt das Tier. Es ist steif, der ganze Körper durch und durch gefroren, es ist tot. Der Führer kommt hinzu und sagt: „Jeder Mongole weiß es, Herr, daß die Kamele weinen, wenn sie sich niederlegen, um zu sterben.“

Drüben im Norden flammt aus dem tiefen Dunkel eine Feuersäule empor. Alles springt auf; diese Flammen sind unglühend und tödlich zugleich.

„Was ist das?“ fragt Lenoir mit heiserer Stimme.

„Das ist Maimatschen, Herr.“

Lenoir weiß, was das bedeutet.

Der Feuerschein wächst. Der Nordhimmel ist tödlich erleuchtet; Schneewolken reflektieren das Feuer und vergrößern es zu einer ungeheuren Tata Morgana.

Der Arzt fühlt tödliche Mattigkeit in seinen Gliedern. Das ist mehr als Übermüdung, das ist mehr als Krankheit; das kommt aus der Seele. Er schaudert den Blechbehälter, der vor ihm steht, mit einem Fußtritt von sich, daß er über den hartgefrorenen Boden poltert, und sammelt abgerissene Worte in das Dunkel: „Buddha wird dich strafen... Buddha wird dich strafen!...“

Der Aufblick des fernen Feuers bringt das Blut von neuem in Bewegung. Die Karawane bricht auf.

Aus einer Erdalte taucht ein Reiter auf. Es ist ein Mongole, ein Abgesandter des nächsten Urions. Er meldet, daß das Eisenbahnschwellenlager von Maimatschen in Flammen stehe.

„Das ist Verrat!“ sagt ein russischer Führer. Seltsam — er wendet sich um und sieht dem Doktor Lenoir ins Gesicht...

Die Karawane wandert nordwärts, dem Feuerschein entgegen.

Aber endlich, wie ein unerhörtes Wunder ist es, endlich ist auch diese Nacht vorüber, und ein neuer Tag erhebt sich über der Wüste. Die Sonne ist verschleiert, und ihr Licht blinzelt tödlich durch den Schneeverhangenen Himmel; aber die Helligkeit gibt Trost und Hoffnung.

Die französisch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen

Brüssel. Der belgische Ministerrat beschloß sich in seiner Sitzung am Montag mit dem Stand der belgisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen und beschloß, im Einvernehmen mit Luxemburg der französischen Regierung eine Note zu überreichen, in der der belgische Standpunkt endgültig klargestellt ist. Sollte Frankreich den von Belgien in dieser Note verlangten Vergünstigungen nicht zustimmen, so scheint die Unterzeichnung des Handelsvertrages sehr in Frage gestellt.

Zum Grubenarbeiterstreik in Schweden

Stockholm. Fast sämtliche Grubenarbeiter Schwedens, ungefähr 10 000 Personen, sind in den Streik getreten. Die Vermittelungsaktion, die sich wegen der verwirrten Lage bis zur nächsten Woche hinziehen dürfte, wird am heutigen Dienstag eingeleitet.

Neue Kältewelle in Polen

Warschau. Seit gestern ist in ganz Polen wieder eine Kältewelle, die dieses Mal mit starken Schneefällen verbunden ist. In Warschau liegt bereits über ½ Meter Schnee. Aus allen Teilen Polens wird von empfindlichen Verkehrsstillständen berichtet. In der Nähe von Nowogrodzki blieb ein Zug im Schneestocken.

Ein neuer Flugweltrekord

Friedrichshafen. Einen neuen Flugweltrekord stellte der Flugzeugführer Wagner mit dem Großflugboot Dornierjuwel unter offizieller Kontrolle über 100 Kilometer mit 4000 Kilogramm Nutzlast mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 205,5 Kilometerstunde auf, damit gleichzeitig die entsprechenden Rekorde mit 2000 und 1000 Kilogramm Nutzlast (für Wasserflugzeuge) schlagend.

Schwere Einsturzkatastrophe in Nürnberg

Nürnberg. Beim Bau einer Schuhfabrik stürzte heute ein über dem Dach liegender Teil einer Giebelmauer unter grohem Gewicht plötzlich herab und durchschlug das Dach eines Kehlschuppens, in dem sich mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen befanden. Während einer der Arbeiter auf der Stelle getötet wurde, wurden zwei weitere schwer und vier Arbeiter leicht verletzt. Eine Frau wurde so schwer von den herabfallenden Gesteinsmassen getroffen, daß an ihrem Aufkommen geweckt werden mußte.

Eine Junggesellensteuer in Preußen?

Berlin. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Haupthaushusses des preußischen Landtages setzte sich Minister Hirselier für den Professorentitel ein. Die Gestaltung des Hebamengesetzes, das beim Reichstag liege, müsse abgewartet werden. In der Kreisarztfrage wolle er noch einmal beim Finanzminister versuchen, ob nicht eine bessere Regelung zu erreichen sei. Zum Schluß erklärte der Minister, es sei vielleicht die Einführung einer Zweisteuer, z. B. einer Junggesellensteuer, zu Erzielung von Mehreinnahmen zu erwägen. Fortsetzung der Verhandlungen am Dienstag.

Die Wohnungsnot in Deutschland

Berlin. Der Wohnungsausschuß des Reichstages setzte heute die Aussprache über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung fort. Der sozialistische Abg. Lipinski wies darauf hin, daß 2½ Mill. Wohnungen gebaut werden müßten, um die Wohnungsnot endgültig zu beseitigen. Die Beratung wird am Dienstag fortgesetzt.

Eine neue Verjüngungsmethode

Wien. Wie die „Sonn- und Montagszeitung“ meldet, hat der Assistent des Wiener Chirurgen, Dr. Lorenz, Dr. Karl Doppler, mit einer ganz neuen Verjüngungsmethode in den letzten Monaten 200 Personen, Männer und Frauen mit glänzendem Erfolg behandelt und sie einer Verjüngungsoperation unterzogen. Die Kur Dopplers macht die bisherige Drüsentraktion überflüssig. Sie besteht in der Freilegung einer Ader, worauf gewisse Nerven mit einer Phenollösung gepinselft werden.

„Maimatschen“, sagt der Führer mit einem tiefen tiefen Aufatmen. „Maimatschen — die Stadt ohne Frauen.“

„Den sechzehn Kamelen sind noch zwei am Leben.“

Ein kleiner Asiensstreif bezeichnet die russische Grenze. Hier Jurten — dort türkische Steinhäuschen. Die Grenze bedeutet hier keine Annäherung, sie bedeutet feindselige Gegenstöße. —

Chinesen in blauen Kleidern, trotz der Kälte mit Fächern, tröpfeln den Ankommenden gravitätisch entgegen und fragen nach ihren besonderen Wünschen. Dann, plötzlich, teilt sich die Menge, und ein Japaner mit flugem Gesicht, in europäischer Kleidung, erscheint; offenbar ist er eine Respektsperson.

Drüben steht das verholzte Gerippe eines ungeheuren Schupps. Schwarzer Rauch steigt von ihm auf, erfüllt beizend die Luft; ein Windstoß treibt plötzlich eine kleine bösartige Flamme empor.

„Ich bin Doktor Norinaga“, sagt der Japaner. „Wo ist mein Kollege Herr Doktor Lenoir?“

Die Reisenden sehn sich an. Einer zuckt die Achseln, einer schüttelt den Kopf.

„Wo ist Doktor Lenoir?“

Endlich tritt ein alter Mongole vor. Er sieht an Norinaga vorbei ins Leere und sagt:

„Doktor Lenoir ist seit heute nach verschwunden.“

V.

Das Haus am Boulevard des Capucines sah aus wie das Gesandtschaftslokal einer kleinen südamerikanischen Republik: eine unauffällige, bewußt auf Wirkung verzichtende Fassade, verhängte Fenster das Parterre unverleuchtet. Die oberen Stockwerke mit kleinen verholzten Gittern unter den Fenstern; nur hinter der breiten Doppeltür des Ballonzimmers schimmerie durch gelbseidene Vorhänge mattes Licht.

Ove drückte auf den Knopf und wartete; während er den Schrift eines Bediensteten näherkommen hörte, sah er wie zur Beruhigung nach der pneumatischen Postkarte, die ihm die Grüne heute mittag geschickt hatte.

Die Tür ging auf; vor Ove stand ein Diener in weißer Livree, mit schwarzen Vollbart und mit unendlich würdigem Gesicht. Ove hatte das Gefühl, daß er diesem Manne schon einmal begegnet sein müsse. Dann fiel ihm ein: er sah aus wie das Reklamebild einer Modellabrennerei.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Die Notleidenden

Tag für Tag lesen wir jetzt in der bürgerlichen Presse Berichte über Maskenbälle. Gewöhnlich heißt es da: Das gute Bürgerum drückte dem Fest den Stempel auf, man sah entzündend elegante Toiletten, schimmernden Schmuck, bei den Herren herrschte der Smoking vor, Sektkabinen usw. sorgten für Belebung des Geistes...

Wir sind nicht neidisch und gönnen jedem sein Vergnügen, schließlich muß jeder von uns eine kleine Abwechslung haben, das Leben ist sonst trübe genug. Aber: aus allen den Maskenballberichten in der bürgerlichen Presse geht's sehr deutlich hervor, daß das gute Bürgerum fübrigens sehr hübsch ausgedrückt! sich diese Vergnügungen eine schöne Stange Geld kosten läßt. Erstens ist der Eintritt anständig bemessen und die Preise in den Lokalitäten selbst sind horrende, nehmen wir noch die entzündend eleganten Toiletten der Damenwelt, so kann man sich schon einen Begriff von dem Kostenpunkt machen. Sicherlich erinnern die meisten Arbeiter im Monat nicht soviel, als das gute Bürgerum an einem einzigen solchen Vergnügen springen läßt. Man soll uns nicht sagen, daß es nur ein bestimmter Teil des Bürgertums ist, der sich das leisten kann. Verfolgen wir nur den Interaten teil der bürgerlichen Presse, so lesen wir Vergnügungsankündigungen, daß es uns vor den Augen schwirrt. Und immer wird man finden, daß sie einen Zuspruch haben wie noch nie. Und das beweist uns, daß das gute Bürgerum nicht so armelig daran ist, wie uns eine gewisse Presse glauben machen will. Wie oft lamentiert sie, der Mittelstand, und das ist das gute Bürgerum, sei vollständig vernichtet, nage am Hungerlich und werde bald sich vollends in ein Lumpenproletariat verwandeln. Sie ruft Regierung und Behörden an, den Mittelstand vor der völligen Vernichtung zu bewahren, Kredite sollen gewährt und Erleichterungen aller Art geschaffen werden und was noch mehr der Wünsche sind. Uns dünkt, daß ein vernichteter Mittelstand nicht in der Lage ist, von einem losspieligen Vergnügen zum anderen zu jagen; er tut es aber doch und daher sind all diese Lamentationen unberechtigt, Überreibungen, die die bürgerliche Presse phantastisch ausmüht.

Und noch eine nicht uninteressante Seite dieser Maskenballberichte. Die Verfasser solcher Berichte betonen stets das gute Bürgerum, ziehen also einen sehr sichtbaren Strich zwischen ihm und der Arbeiterschaft, der geradezu verlebend wirkt. Denn wer zwischen Zeilen lesen kann, wird es merklich fühlen, was die diese Gerngroße von Journalisten sagen wollen. Nichts anderes als: „Gott sei Dank, daß wir unter uns waren. Schrecklich, wenn sich so ein paar Arbeiter hier verirrt hätten!“ Nun lesen sehr viele Arbeiter, und leider auch sehr intelligente Arbeiter, die bürgerliche Presse. Fühlen sie wirklich nicht die moralische Ohnmacht, fühlen sie tatsächlich nicht den klaffenden Gegenrat zwischen sich und dem guten Bürgerum, wenn sie so ein Elaborat eines Maskenballjournalisten lesen? Geht ihnen da nicht ein Seifenstück auf, welche Rolle sie eigentlich als Leser der bürgerlichen Presse spielen! Gewiß, diese Presse muß sich auch mit Arbeiterfragen befassen, tut auch so, als wenn sie für deren Rechte kämpfe, zumal wir in Oberschlesien leben, wo diese oder jene nationale Richtung des Arbeiters stets benötigt, wie auch jetzt, da wir im Wahlkampf stehen. Sie und ihre Hintermänner brauchen den Arbeiter, wird doch stets auf seinem Rücken alles ausgetragen, nur zum Stimmtrieb, um sehr deutlich zu reden. Aber auch nur als solches, zum anderen ist er nicht gut genug, nein, da bleibt das gute Bürgerum gern unter sich allein. Und schließlich, was sollte der Prolet zwischen ihnen! Hat er einen Smoking, einen Trac, trägt seine Frau entzündend elegante Toiletten, schimmernden Schmuck, hat er das nötige Kleingeld für Sektkabinen? Es reicht mitunter nicht einmal zum täglichen Brot. Noin, aber dem guten Bürgerum, das von der bürgerlichen Presse als so notleidend bezeichnet wird, dem langt's.

Und ist es nicht dasselbe Bürgerum, deutsch oder polnisch, welches sich heute, da wir kurz vor den Sejm- und Senatswahlen stehen, an die Arbeiterschaft wendet, für seine Forderungen, für seine Wünsche einzutreten, das heißt, ihr seine Stimme zu geben? Es ist dasselbe, dasselbe Bürgerum, das den Proleten so gerne meidet, jede Verbindung mit ihm wie die Pest scheut. Aber auf dem Papier der bürgerlichen Presse hat es natürlich etwas für ihn übrig, da wirkt es ihm einen Brocken hin wie einem bettelnden Hund. Hoffen wir, daß bei diesen Wahlen der Arbeiter das wahre Gesicht dieses Bürgerums, seine Presse erkennt und sich von seinen nationalistischen Phrasen nicht einlullen läßt, wie so schon mehrere mal; hoffen wir, daß ihm endlich bewußt wird, welcher Kontrast zwischen ihm und dem guten Bürgerum besteht und daß er seine östlichen Interessen mit führen tritt, wenn er den Wahllisten dieser Kategorie von Notleidenden seine Stimme gibt. Für jeden klassenbewußten Arbeiter gibt es nur eins:

Seine Interessen kann nur der Sozialistische Wahlblock am weitgehendsten vertreten. Deshalb kann er, seine wahlberechtigten Familienangehörigen, seine Freunde und Bekannte nur für die

Liste 2

J. S.

Die N. P. R. bleibt der Sanacja treu

Das polnische Telegraphenbüro die „Agencja Wschodnia“, brachte die Meldung, daß die N. P. R. aus dem Sanacija-Wahlblock ausgetreten ist. Die Ursache waren angeblich Unstimmigkeiten von grundsätzlicher Bedeutung, die insbesondere Herr Grajef, Kot und Obrzut veranlaßten der Sanacija den Rücken zu kehren und selbständige N. P. R.-Kandidatenliste für die Sejmwahlen aufzustellen. Wer die N. P. R. kennt und von „grundsätzlichen Unstimmigkeiten“ in der Meldung las, der wußte sofort, daß das ein Scherz war. Die N. P. R.-Führer haben doch keine Grundsäze, ausgenommen etwa die Postenjägerei, die dort als ein „Grundsatz“ in dieser Partei gilt. Sie haben doch die N. P. R.-Lewica geschlüssigt und sind bereit, alles zu schlucken der klängenden Münze wegen. Daher hat das Dementi des N. P. R.-Organs „Głos Poranny“, der tatsächlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint, gar keine Wirkung auf niemanden ausgeübt. Wie kann die N. P. R. der Sanacija Moralna untreu bleiben, wenn sie diese als ihre letzte Rettung betrachtet? Die genannte Parteizeitung stand bereits vor der Pleite und sollte dem früheren Organ dem „Po-

Der Arbeitszeitkonflikt verschärft

Schlusverhandlungen mit den Unternehmern — Die Unternehmer lehnen eine Ueberleitung ab
Der Standpunkt des Demobilisierungskommissars

Nachdem die Ueberleitungskommission die Feststellungen in den Werken zu Ende geführt hat, haben der Regierungsvertreter wie die Gewerkschaften und Betriebsräte ihr Material geordnet. Schon während dem Besuch der einzelnen Werke hat der Regierungsvertreter zum Ausdruck gebracht, daß die von ihm vorgesehenen Kategorien nach drei verschiedenen Arten übergeleitet werden. Die erste auf Grund der Verordnung vom 23. 12. 1927, die zweite auf Grund der Verordnung vom Jahre 1925 für Hochöfen und Kokereien und die dritte nach der Ergänzungsbekanntmachung Ende Januar Anfang Februar. Die Ausführung dieses Planes bedurfte, um einheitlich in allen Hütten zu verfahren, einer Vorverhandlung und einer Abschlusverhandlung mit dem Arbeitgeberverband.

Am 23. d. Mts. vormittags tagten die Arbeitgeber, die Gewerkschaften mit den Betriebsräten und den beiden Regierungsvertretern im Arbeitgeberverband. Die Arbeitgeber waren in einer noch nie dagewesenen Anzahl zusammengekommen. Die höchsten Spitzen der Unternehmer waren anwesend und die 1. Verhandlung zwischen Arbeitgebern und Regierungsvertretern hat sich von 11 Uhr vorm. bis 2½ Uhr nachm. hingezogen. Der genaue Inhalt dieser Verhandlung ist uns nicht bekannt, aber mit Rücksicht auf die Persönlichkeiten kann man daraus schließen, daß die Unternehmer mit aller Entscheidlichkeit versucht haben, dem Regierungsvertreter die Ueberleitungsfrage zu erschweren. Die Unternehmerseite ist erst nach Stundenlangem Warten um 2½ Uhr zu der gemeinsamen Sitzung zugezogen worden, die Regierungsvertreter Herr Ing. Gallot leitete. Seine Ausführungen gingen dahin, daß die Unternehmer wohl den Arbeitstundenstag im Grundsatz nicht bestreiten, aber die Ueberleitung dazu ginge nicht so schnell durchzuführen. (Vielleicht wollen die Herren noch Jahre verstreichen lassen.) Herr Ing. Gallot bemerkte, daß er den Unternehmern klar gesagt hat, daß die Verlängerung der Arbeitszeit nach dem Wortlaut nur vorübergehend gewesen ist und daß die Arbeitgeber mit einer Rückführung zum Arbeitstundenstag jeden Augenblick rechnen müßten, so daß sie jetzt gar nicht vor neuen Tatsachen stehen, daher Auswege nicht am Platze sind. Die Sitzung mit den Arbeitgebern ist vollständig negativ ver-

laufen, denn mit Ausnahme einiger Kategorien, die in der Bekanntmachung scharf herausgegriffen sind, haben sie für alle Uebrigen die Ueberleitung verweigert und die Erklärung abgegeben, daß die Regierung die Verantwortung bei einer Ueberleitung nach der Bekanntmachung tragen müßt. (Hier zeigen die Arbeitgeber, welches Interesse sie am allgemeinen Wohl des Staates haben.) Der Regierungsvertreter erklärte, daß er sich in Oberschlesien von der Sachlage überzeugt hat und nichts wird ihn hindern den Ueberleitungsprozeß, so wie er sich ihn denkt, durchzuführen. Noch diese Woche wird den Gewerkschaften die Zustellung derjenigen Gruppen, die sofort nach der Bekanntmachung vom 23. 12. 1927 überzuleiten sind, bekanntgegeben. Alle übrigen blieben Gruppen wird er Ende der Woche bei seiner Anwesenheit in Warschau dem Ministerium unterbreiten und da der Arbeitgeber sich auf eine Gewaltpolitik festsetzt, wird das gesamte Kabinett dazu Stellung nehmen. Der Regierungsvertreter will dann bei seiner Rückkehr nach Oberschlesien die Stellungnahme des Kabinetts schriftlich mitbringen.

Die Unternehmerseite war sich von vornherein klar, daß mit den Arbeitgebern an einem Tische diese Frage nicht geregelt werden kann. Sie stellten in einer Erklärung folgendes fest: Die Hoffnung auf ein positives Ergebnis haben wir nicht gehabt, nur die Vermittlung der Regierung zwingt uns die Schritte in dieser Richtung zu leiten. Wenn die Arbeitgeber durch Ablehnen der Verantwortung glauben, den Arbeiter zu schikanieren, so stellt sich die Unternehmerseite auf den gleichen Standpunkt, indem sie für die daraus noch evtl. entstehenden Folgen jede Verantwortung ablehnt. Wir werden diese Provokation durch ein derartiges Verhalten auch mit den gleichen Mitteln, auch dem Legten, zu begegnen wissen. Ohne vorher zu sagen, wer als Sieger aus einem derartigen Kampf herausgeht, werden beide Richtungen geschädigt, und nicht zuletzt auch der Staat selbst. Weiter würde in der Erklärung betont, daß der Regierungsvertreter dem Kabinett in Warschau diesen Standpunkt der Arbeiterschaft vorlegt und dabei betont, daß die Gewerkschaften in Oberschlesien nicht gewillt sind, fernerhin den Wünschen der Arbeitgeber nachzugeben.

Der Wahlkampf der schlesischen Sanacja Moralna

Die Partei ohne Programm, ohne Ziele und ohne Grundsätze, die eigentlich keine Partei ist und sich aus allen und niemanden zusammenetzt, das ist die schlesische Sanacija Moralna. Man kann sie als Partei nicht definieren, weil sie selbst angibt, keine Partei zu sein. Ein solches Gebilde hat man bis jetzt bei den Kulturovölkern noch nicht angetroffen, das nicht einmal selbst weiß, woher es kommt und wohin es geht. Nur das eine wissen wir alle, daß diese Gruppe der Nutznießer des Maiumsturzes ist, und um sich des Umsturzes würdig zu zeigen, kämpft mit Links und Rechts u. macht dabei einen Höllenpektakel. Sie will ihre „Politik“ auf das Sejmterrain übertragen, wo man sie bis jetzt noch nicht kennen gelernt hat. Sie ist aber keine politische Partei und auch keine Gruppe von Interessenten. Wird sie also im Sejm als Partei auftreten? Das ist schwer anzunehmen, ja ausgeschlossen, wenn man bedenkt, daß sie in sich wirtschaftliche Gruppen birgt, deren Interessen diametral gegeneinander laufen. Vorläufig hält die Sanacija der persönlichen Egoismus zusammen, solange ihre Anhänger wissen, daß die Regierung des Marschall Piłsudski noch fest im Sattel sitzt. Sie schreien Hurra und machen jedesmal Verbeugungen, wenn sie den Namen Piłsudski hören. Es wird aber sofort anders werden, wenn sie merken, daß die Macht Piłsudskis schwindet und ein anderes Regime im Zuge sei. Bis dahin werden unsere „Sanatoren“ die Regierungspartei spielen und jeden Wunsch der Regierung kritiklos erfüllen. Bei einem eventuellen Regimewechsel zerfällt dieses politische Gebilde selbst in die kleinsten Scherben und es bleibt nur noch eine üble Erinnerung an die unkulturellen Kampfmethoden, denen sich diese Gruppe im politischen und wirtschaftlichen Kampfe bedient hat.

Der Wahlkampf der schlesischen Sanacija Moralna bewegt sich in zwei Richtungen: der nationalistisch-chauvinistischen unter Anwendung von Terror und Misshandlung der gesetzlichen Vorschriften und der persönlich-politischen bestehend in persönlicher Beschimpfung und Verdächtigung der politi-

schen Gegner. Zuerst geht es gegen die deutsche Minderheit, die Elemente vorgeworfen wird. Das Organ der hiesigen Sanacija Moralna, die „Polska Zachodnia“, ist zur Hälfte der deutschen nationalen Minderheit und zur anderen Hälfte dem ältesten schlesischen Polenführer Korfanty gewidmet. Der wirtschaftliche Terror und Germanisierung des polnischen Sprache in diesem Blatte, insbesondere in den meilenlangen Artikeln des Herrn Rumun, findet ihresgleichen nicht so schnell wieder. Die Industrievölkerung kennt keine Salonausdrücke, wenigstens nicht die Arbeitervölkerung, aber die Ausdrücke, die täglich in den Spalten des Sanacija-blattes gebraucht werden, sind selbst für unsere Verhältnisse doch etwas zu stark. Gleich oben bei der ersten Spalte auf der ersten Seite fängt es mit dem Stinken an und es stinkt bis zu dem Inseratenteil auf der achten Seite. Neben diesem ununterbrochenen Gestank, daß man sich förmlich ekeln muß, das famose Blatt in die Hand zu nehmen, wird jeder Angriff auf die Bürgerfreiheit verherrlicht. Wird eine Versammlung überfallen und von den unverantwortlichen Elementen gesprengt, so kann das Blatt die Freude nicht unterdrücken. Ein solches Verhalten muniziert die dunklen Elemente zum Überfall auf harmlose Versammlungen unter Misshandlung aller bestehenden Gesetze, auf. Das Bedauerliche an der ganzen Sache ist noch das, daß die Nebeltäter jedesmal straffrei ausgehen.

Diese Partei, die eine Taktik verfolgt, welche wohl unter dem Zarismus am Platze war, nicht aber in einem geordneten Staat mit demokratischen Einrichtungen zur Anwendung gelangen darf, die ohne Programm und Ziel dastehe — wirbt um die Stimmen der schlesischen Arbeiter, die in erster Reihe an demokratischen Einrichtungen und klar zu erkennenden Zielen interessiert sind. Wer da an einem politischen Durcheinander interessiert ist, der möge für die Sanacija stimmen, das wird aber ein Arbeiter, der weiter als über die Nasenlänge sieht, nicht tun.

hat“ folgen. Es sind kaum einige Wochen ins Land gegangen, seit die N. P. R. im Sanacija-Blatt steht und schon merkt man das der Partei an. Sie nimmt zu und wird immer dicker. Das Organ der Partei, der „Głos Poranny“, hat seit der Wahlzeit der Partei mit der Sanacija, ein ganz anderes Aussehen bekommen, ist schöner und dicker geworden und bringt selbst „Originalarikel“. Man merkt der Partei an, daß sie aus der Kasse der Sanacija schöpft und diese Kasse wird nicht leer, obwohl sich unzählige solcher „Parteien“, wie die N. P. R.-Lewica und -Prawica daraus stärken, sie wird nicht leer, weil wir sie alle füllen müssen.

Flugverkehr Gleiwitz-Kattowitz

Wie wir hören, sind die ersten vorbereitenden Besprechungen über den Anschluß von Kattowitz an die deutsche Fluglinie Berlin-Breslau-Gleiwitz im Gange, und zwar ist beachtigt, nach Abschluß des Handelsvertrages mit Polen einen deutsch-polnischen Flugvertrag zu tätigen, in dem die Bedingungen für den Anschluß von Kattowitz an das deutsche Flugnetz festgelegt werden sollen. Die Besprechungen finden aus Krakauer Kreisen statt. Widerstand, da vor dort ein Anschluß von Kattowitz an die polnische Fluglinie Warschau-Krakau gewünscht wird. Die Verhandlungen über einen künftigen Flugverkehr Gleiwitz-Kattowitz befinden sich noch im Anfangsstadium.

Kattowitz und Umgebung

Deutsches Theater Kattowitz. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in dem neuen Abonnement noch einige gute Plätze frei sind. Das neue Abonnement beginnt Montag, den 30. Januar, mit dem reizenden Lustspiel „Ein besserer Herr“ von Hasenclever. Die Vergabeung von Abonnementssätzen erfolgt nur noch bis Mittwoch, den 25. d. Mts., einschließlich und zwar im Geschäftszimmer des Deutschen Theaters im Stadttheater.

Eugen Klöpfer-Gästspiel. Montag, den 6. Februar, gibt der bekannte Berliner Schauspieler Eugen Klöpfer mit seinem Ensemble ein einmaliges Gästspiel im Stadttheater Kattowitz. Zur Darstellung kommt Bahrs Komödie „Der Meister“ in dem Eugen Klöpfer die Titelrolle spielt. Vorbestellungen werden schon jetzt im Geschäftszimmer des Deutschen Theaters entgegengenommen.

Ausgabe für Quittungskarten. Informationshalber wird bekanntgegeben, daß sich die städtische Ausgabe für Quittungskarten, welche früher auf der Mühlstraße 4, Zimmer 23 untergebracht war, auf der ulica Slowackiego (Schillerstraße) 37 in Kattowitz befindet. Weitere Vorstellungen in dem alten Büro sind daher völlig zwecklos.

Nach dem Winter-Erholungsheim Rabla. Am Mittwoch, den 25. d. Mts., werden 30 benötigte Stadtkinder auf Kosten des Magistrats Kattowitz nach dem Sanatorium des Roten Kreuzes in Rabla zur Erholung verschickt und zwar gemeinsam mit einem größeren Kindertransport des Roten Kreuzes. Der Aufenthalt ist ähnlich wie zur Sommerszeit auf vier Wochen berechnet. Die

Sozialistische Bildungsarbeit in Frankreich

Paris, Mitte Januar 1928.

Im Juli des vergangenen Jahres wurde in Malabry, einem ziemlich entfernten Vorort von Paris, die erste „Sozialistische Sommerschule“ in kleinem Maßstab eröffnet. Sie wurde auch von einigen deutschen Genossen, die auf die Existenz dieser Schule durch deutsche sozialistische Zeitungen aufmerksam wurden, gelegentlich eines vorübergehenden Pariser Aufenthaltes besucht. Allgemein wurde anerkannt, daß die in der „Sozialistischen Sommerschule“ abgehaltenen Vorträge alle anwesenden Arbeiter außerordentlich zu fesseln wußten. Auch die deutsche Reichstagsabgeordnete Tony Sender sprach eines Tages dort über das Thema: „Die deutsche Sozialdemokratie“.

Nachdem die sozialistische Erziehungsarbeit schon seit langem in Deutschland, Österreich, in England und Belgien auf der Höhe steht, versuchte man schon vor dem Krieg etwas zu schaffen, das sich mit der heutigen „Höheren Arbeiterschule“ von Brüssel, mit dem „Central Labour College“ von London, mit der „Sozialistischen Schule“ aus Salzburg oder mit den verschiedenen deutschen sozialistischen Bildungsschulen vergleichen ließe. Besonders der französische Genosse Jean Longuet kümmerte sich als Bürgermeister von Malabry um einen guten Ausbau der französischen sozialistischen Schule, und von Zeit zu Zeit veröffentlichte er im „Populaire“ interessante Notizen über ihre Tätigkeit und ihre Geschichte.

Schon vor dem Krieg gab es eine „Marxistische Schule“. Als nach Kriegsende die sozialistische Partei sehr viele neue Anhänger gewann, strömten diese in Massen in die Kurse der damaligen Schule. Aber dann verschwand diese, als die Kommunisten auf dem sozialistischen Kongreß von Tours 1920 den Bruch mit den französischen Sozialisten vollzogen. Erst jetzt konnte sie wieder aufgebaut werden.

Für den Winter hat die Schulleitung ein neues Programm ausgearbeitet. Eine Weiterführung von Kursen im Schloß von Malabry, die vom Juli bis zum September währen, war für den Winter eine Unmöglichkeit, und so wurde ihre Fortsetzung in Paris selbst beschlossen. Unter dem Namen „Ecole Socialiste“ („Sozialistische Schule“) fand ihre Eröffnung am 8. November statt. Jeden Dienstag abend trifft man sich im gleichen Saal und hört einen Vortrag zur sozialistischen Erziehung. Dort wird man bis zum April dieses Jahres bleiben, und es steht zu erwarten, daß man danach wieder nach Malabry hinausziehen wird, nachdem das Interesse an dieser Arbeit immer mehr zunimmt. Man wird diesen Sommer in Malabry dafür sorgen, daß sowohl angängig, auch wieder ausländische Redner zu Vorträgen über die ausländische sozialistische Bewegung herangezogen werden, damit jeder in die Schule Gehende die internationale Tätigkeit des Sozialismus genau studieren und durch Vergleiche wieder seiner einheimischen Bewegung dienen kann.

Die Themen für die vom 8. November bis zum April stattfindenden Vorträge sind aus den verschiedensten Gebieten gewählt. Sie behandeln die Politik, die Arbeiterbewegung, die Doktrin und schließlich die sozialistischen Einrichtungen. So sprach zum Beispiel im November Babe, der Vorsitzende der französischen Metallarbeiter, über die Arbeitergewerkschaften und im gleichen Monat Gaston Levy über „Sozialismus und Kooperativ-Gewerkschaften“. Für Dezember war ein Vortrag von Maurice Desepine, dem Chefredakteur des „Populaire“, über proletarische Kunst angesetzt, der leider infolge Erkrankung des Redners hatte ausfallen müssen. Am 24. Januar wird nun Ernest Lafont über die nationale und internationale Bedeutung der Pariser Kommune sprechen. Das wird der erste Vortrag von Lafont, dem früheren Führer der „Sozialistisch-Kommunistischen Union“, im Rahmen der sozialistischen Partei sein. Denn der Abgeordnete Lafont hat seine Partei unabhängiger Sozialisten erst vor einigen Monaten verlassen, um wieder zur sozialistischen Partei zurückzukommen. Schließlich sei noch erwähnt, daß am 7. Februar der frühere ungarische Minister Genosse Paul Szende über „Die deutsche Sozialdemokratie, ihr Geschichte bis 1890“ sprechen wird. Longuet, der Organisator der Schule, betont ausdrücklich, daß das Zustandekommen eines so ausgewählten Programms, wie er es für jede Woche hat aufstellen können, besonders der hingebungsvollen Helferarbeit der „Französischen sozialistischen Jugend“ zu verdanken ist.

Kurt Lenz.

Die Jugendlichen im Wirtschaftsleben

Warum Jugendschutz?

Von W. Maßle, Jugendsekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Für die Kinder der Arbeiterklasse in den Industriestaaten beginnt in der großen Mehrzahl der Fälle die volle Erwerbstätigkeit mit der Beendigung der allgemeinen Schulpflicht, d. h. mit dem 14. Lebensjahr. Es liegt dieser Zeitpunkt schon erheblich tiefer; weniger häufig kommt es vor, daß Arbeiterkinder erst im 15. oder gar im 16. Lebensjahr einen Beruf ergreifen. Die in Deutschland 1925 erfolgte Berufszählung bestätigt durch die bereits vorliegenden Teilergebnisse diese generelle Feststellung. In Hamburg wurde z. B. ermittelt, daß von 100 Knaben zwischen 14 und 16 Jahren 61 erwerbstätig waren, in Bayern sogar 77; von den 16–18-jährigen männlichen Jugendlichen waren in Hamburg 88 und in Bayern 90 erwerbstätig. Ein etwas anderes Bild ergibt sich bei den Mädchen; von diesen waren in der Gruppe von 14–16 Jahren in Hamburg 37, in Bayern aber schon 60 erwerbstätig. Bei den 16–18-jährigen Mädchen sind die entsprechenden Zahlen 73 in Hamburg und 78 in Bayern. Die verhältnismäßig günstigen Zahlen Hamburgs wird man nicht als typisch für die deutschen Großstädte ansehen können; denn Hamburg ist bekannt für seine besonders sozialpolitischen Schulverhältnisse und die dadurch bei vielen Arbeitern erzeugte Neigung, die Kinder solange wie irgend möglich die Schule besuchen zu lassen. Im Durchschnitt werden die in Bayern ermittelten Zahlen eher unterschreiten, auch soweit sie sich auf die Mädchen beziehen.

Während nun aber die Jugendlichen im Alter von 14–21 Jahren 14,6 Prozent der deut. Gesamtbevölkerung ausmachen, ist ihr Anteil an der Zahl der Erwerbstätigen erheblich größer. Auf Grund der oben erwähnten Berufszählung ergab sich, daß unter je 100 erwerbstätigen Männern sich befanden: in Bayern 18,5 Jugendliche unter 20 Jahren, in Sachsen 16,0, in Baden 17,2 und in Thüringen 15,5.

Auf je 100 erwerbstätige Frauen kamen in Bayern 22,7 Jugendliche unter 20 Jahren, in Sachsen 23,8, in Baden 21,7 und in Thüringen 26,8.

Die Berufszählung 1907 ergab für das ganze deutsche Reich, daß von 8 465 000 erwerbstätigen Frauen 1 573 000 1 573 000 = 18,5 Prozent, und von 16 990 000 Männern 2 104 000 = 12,3 Prozent unter 18 Jahre alt waren.

Diese nur aus Deutschland stammenden Zahlen, die in den anderen Industrieländern sicher keine erheblichen Abweichungen aufweisen werden, zeigen, daß die Jugendlichen im Wirtschaftsleben und speziell auf dem Arbeitsmarkt einen beachtenswerten Faktor darstellen und weiter, daß, wie schon gesagt, die Arbeiterkinder in frühestem Lebensalter schon den Kampf ums Dasein aufzunehmen haben. Die moderne technische und in-

Kongreß der italienischen maximalistischen Partei

Auf dem Weg zur sozialistischen Einigung in Italien.

Von G. C. Modigliani.

Die Sozialistische Maximalistische Partei Italiens (die offiziell den Namen Partito Socialista Italiano beibehält) hielt am 8. und 9. Januar in Marziale ihren Parteitag ab. Er war nur zu dem Zweck der Beschlusshaltung über interne Organisationsfragen einberufen worden; die Führer hatten von vornherein erklärt, daß sie keine Diskussion über eine Revision der Richtlinien der Partei zulassen würden. Als Grund für diese Beschränkung gab man den Wunsch an, keine wichtigen Entscheidungen ohne die tatsächliche Mitwirkung der Genossen in Italien treffen zu wollen; es dürfte jedoch wahrscheinlich eher so sein, daß diese Beschränkung eine Sicherung bilden sollte, einerseits gegen einen Vorstoß der bolschewizierenden Linken („Terzinterventionisten“, wie sie genannt werden), andererseits gegen einen zu raschen Entschluß, die Einheit des sozialistischen Italiens wieder herzustellen durch Verbindung mit den italienischen Sozialdemokraten, die in dem Partito Socialista Unitario dei Lavoratori Italiani (Unitarische Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter) organisiert und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossen sind.

Die Bedeutung des Parteitags besteht in der Tatsache daß diese Beschränkung nicht eingehalten wurde, und daß der Parteitag sehr deutlich, wenn auch mit einigen Reservationen seinem Wunsch nach der Wiederherstellung der sozialistischen Einheit Ausdruck gegeben hat.

Und es könnte gar nicht anders sein, da sich die maximalistische Partei im Ausland aus den Auslandssektionen der alten Italienischen Sozialistischen Partei zusammensetzt, wie sie vor der Spaltung im Jahre 1922 bestanden, und in denen noch von damals her Maximalisten und Sozialdemokraten vereinigt sind. Diese italienischen Auslandssektionen haben sich stets geweigert, die Konsequenzen der Spaltung zu ziehen und haben — mit Ausnahme einiger — niemals ihren Wunsch verengnet, für die Wiederherstellung der Einheit zu arbeiten. Zu diesem inneren Druck kommt noch die Wirkung der von der Sozialdemokratie eingeleiteten Aktion für die Wiederherstellung der Einheit und es ist daher leicht verständlich, daß der maximalistische Parteitag sich so abspielen mußte, wie es tatsächlich geschah: unzweideutige Opposition gegen alle Vorschläge der bolschewizierenden Gruppe und Annahme der Vorschläge des Zentrums und der Rechten des Parteitags auf der ganzen Linie.

Dies war von Anfang an vorauszusehen. Da die maximalistische Partei — besonders in Südfrankreich — stets sowohl mit den italienischen unitarischen Sozialisten als auch mit der französischen Sozialistischen Partei (Genossen Bon) und einem der Vertreter der italienischen Sozialistischen Partei (Genossen Treves) eingeladen. Und unsere beiden Genossen — und Treves insbesondere — die gleich zu Beginn des Parteitags angehört wurden, fanden solchen stürmischen Beifall, daß die „Seele des Kongresses“ von Anfang an offen zugute lag. Dabei war die Rede des Genossen Treves nichts anderes als eine begeisterte und packende Verherrlichung der Wiederherstellung der sozialistischen Einheit in Italien.

In den Verhandlungen gab es zwei entscheidende Momente: der Bericht des Parteivorstandes und der Antrag des Genossen Buattolo aus Zürich auf Handlung der Frage der sozialistischen Einheit in Italien.

Der Bericht des Parteivorstandes rief eine nicht enden wollende Kritik von Seiten der bolschewizierenden Vertreter hervor, einerseits, weil der Parteivorstand eine oder zwei der kommunistischen Gründlichen (bis zur permanenten Disziplinlosigkeit) ver-

feuchten“ Sektionen ausgeschlossen hatte, andererseits, weil der Parteivorstand den Beitritt der Partei zur antifaschistischen Konzentration beschlossen hatte, die dem Geschmack der bolschewizierenden Gruppe widerstrebt, da sie zu sehr von sozialdemokratischem Geist infiziert ist.

Der Parteitag isoliert jedoch vollständig die linke Opposition und sprach dem Parteivorstand sein Vertrauen aus. Mit Bezug auf die antifaschistische Konzentration wurde durch einen Tagesordnungsvortrag entschieden, daß die Partei in ihr verbleiben solle, um so viel als möglich auf deren sozialistische Orientierung hinzuwirken.

Ebenso sprach sich der Parteitag dafür aus, daß die Genossen ihre Mitgliedschaft bei der italienischen Gewerkschaftsorganisation, die zu Amsterdam gehört, aufrecht erhalten sollen.

Die bolschewizierende Gruppe sprach dem Parteitag die Befreiung ab, über die Frage der sozialistischen Einigung in Italien zu beraten. Die sehr große Mehrheit lehnte diese Aussage ab, und stimmte für eine Resolution, die in der Einleitung sagt, daß es die Aufgabe der Partei ist, „die Massen auf den Kampf um die Eroberung der Macht vorzubereiten“ und für „die Herstellung der nationalen sozialistischen Einheit, deren Notwendigkeit immer dringender erscheint“ zu arbeiten und dann möglich folgern zu können: Es ist

a) die Arbeit des Internationalen Büros (in Paris) und der Independent Labour Party, die auf die Vereinigung der proletarischen Kräfte der gesamten Welt hinzelt, zu unterstützen;

b) an die italienischen Arbeiter ein Aufruf im Sinne der Einigung zu richten, mit der Aussicht auf eine Revolution die in der Einleitung sagt, daß es die Aufgabe der Partei ist, „die Massen auf den Kampf um die Eroberung der Macht vorzubereiten“ und für „die Herstellung der nationalen sozialistischen Einheit, deren Notwendigkeit immer dringender erscheint“ zu arbeiten und dann möglich folgern zu können.

Man könnte vielleicht einige Vorbehalte machen wegen der Englisches Unabhängigen Arbeiterpartei (Z. L. P.), beziehungsweise ihres Sekretärs an der Arbeit, auf die die Resolution Bezug nimmt; man könnte sich sogar darüber wundern, daß die Revolution es sich zur Pflicht macht, den Namen der „Unitarischen Sozialistischen Partei der Italienischen Arbeiter“ nicht zu nennen, die doch immerhin die Organisation ist, die arbeite (?) oder an der Grenze (?) der Maximalistischen Partei steht und man könnte schließlich finden, daß man allzu langsam vorgeht, nachdem man bereits erkannt hat, daß die sozialistische Einheit in Italien notwendig und dringend ist und dem Willen des italienischen Proletariats entspricht. Aber wir können uns über diese Details wohl hinwegsehen, da die Hauptfrage geschehen ist: die alte Opposition gegen die Wiederherstellung der sozialistischen Einheit in Italien wurde geplagt, man ist auf dem Weg zur Einigung.

Es wäre falsch sich darüber zu täuschen, daß einige beiderseits unter den Führern der Maximalisten, noch immer dieser Wiederherstellung der Einheit Hindernisse in den Weg legen, die jedoch mehr aus ihrer persönlichen Einstellung als aus objektiven Gründen hervorgehen. Immerhin erkannte die Sozialistische Partei Italiens (wobei sie ihre Linke Einstellung durchaus aufrecht erhält), daß sie auf dem richtigen Wege sei, indem sie sich den demokratischen Parteien nähert und immer enger mit dem demokratischen Sozialismus zusammenarbeitet, während sie sich immer klarer von den Diktaturträumen des Bolschewismus entzieht, wobei wohl in der Aktion wie in der Organisation.

Und das ist die Hauptfrage.

industrielle Entwicklung stellt aber an Wissen und Kenntnissen des Arbeiternachwuchses so erhebliche Anforderungen, daß der bis zum 14. oder gar nur bis zum 13. Lebensjahr erteilte elementare Schulunterricht nicht reicht. Da außerdem die im Betrieb dem Lehrling oder jugendlichen Arbeiter zweitweise berufliche Ausbildung in den meisten Fällen nicht ausreichend ist, sorgen sich Staat und Wirtschaft gezwungen, für die erwerbstätige Jugend besondere Ausbildungsmethoden zu treffen. Es wurden Fach- und Fortbildungsschulen, in verschiedenen Ländern mit Bildungsbüchern, eingeführt. In Deutschland wurden 1922 1 439 620 männliche und 681 324 weibliche Schüler (in der Regel im Alter von 14–17 Jahren) in diesen Pflicht-Fortbildungsschulen gezählt. Da die Zahl der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren in Deutschland (1925) überhaupt über 5,2 Millionen beträgt, verbleibt immer noch die Mehrzahl der Jugendlichen nach dem Eintritt in das Erwerbsleben schulisch unversorgt, wenn man auch berücksichtigt, daß im Jahre 1922 an den höheren Lehranstalten 452 157 männliche und 299 285 weibliche Schüler vorhanden waren, die selbstverständlich noch nicht erwerbstätig sind.

Dass diese erwerbstätigen Jugendlichen in bezug auf ihre Arbeitsverhältnisse den Erwachsenen nicht gleichgestellt werden können, ist bereits grundsätzlich durch die sozialpolitische Gesetzgebung vieler Länder zum Ausdruck gebracht worden. Die vor einigen Jahren vom Internationalen Gewerkschaftsbund herausgegebene Schrift „Der Jugendschutz der Welt“ gibt über den Stand dieser Gesetzgebung, soweit er die Jugend betrifft, Aufklärung. In der Hauptfrage geben diese Schlußfolgerungen von dem beiderseitigen Schutzbüro der Jugend aus, das durch die Folgen der Kriegs- und Nachkriegsjahre in vielen Ländern erheblich größer als in früheren Jahren geworden ist.

Berücksichtigt man weiter, daß die immer intensiver werdende Arbeits- und auch Lebensweise der modernen Menschen erhebliche und sich stets steigernde Anforderungen geistiger und körperlicher Art an jedes Glied der menschlichen Gesellschaft stellt, so erscheint die in dem internationalen Jugendschulprogramm gestellte Forderung: Allgemeine Schulpflicht bis zum 14. Jahre und Verbot der Erwerbstätigkeit vor dem vollendeten 14. Jahre als das heutige unbedingt gebotene Minimum. Die Fülle der Erfahrungen der Menschheit, des Kulturguts, das der jeweils folgenden Generation überliefert werden muß, hat bereits einen solchen Umfang erreicht, daß die bescheidenste Auswahl schon zu groß ist für die höchstens 8 Jahre dauernde Elementarschulzeit. Darum muß allgemein die Fortbildungs-(Berufs-)Schule sich anschließen. Die in England und Deutschland bereits lebhafte in der Arbeiterschaft und von Schuleuten diskutierte Forderung nach einer Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht bis zum 15. oder gar bis zum 16. Lebensjahr zeigt, wie stark es bereits als Notwendigkeit empfunden wird, den Eintritt in das Berufsleben später als im 14. Jahre erfolgen zu lassen.

Die heut bestehenden sozialpolitischen Schlußbestimmungen für die Jugendlichen betreffen neben der Zulassung zur Arbeit vor allem die Arbeitszeit, Pausen, Nacharbeit und bringen Beschäftigungsverbote für gesundheitsgefährdende Betriebe und Arbeitsverrichtungen. Nur in wenigen Ländern ist darüber hinaus den jugendlichen Arbeitnehmern auch ein jährlicher Urlaub durch Gesetz gesichert. Das Jugendschulprogramm, für das sich der Internationale Gewerkschaftsbund, die Sozialistische Arbeiterschaft und die Sozialistische Jugendinternationale erklären haben, will nun

einen erheblichen Ausbau der Jugendschulbestimmungen erzielen. Die Gewerkschaften sind an diesem Ausbau nicht nur direkt interessiert, weil es sich um ihren Nachwuchs handelt, um ihre Kinder, denen durch besondere gesetzliche Schutz etwas mehr Lebensfreude gewährt werden soll. Sie müssen die Forderungen nach steigendem Jugendschutz auch unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß diese ein Mittel darstellen, mit dem der Arbeitsmarkt beeinflußt werden kann. Die kapitalistische Wirtschaft läßt nicht zu, daß die Bevölkerung der Bedürfnisse der Menschen in demselben Maße zunimmt, wie die Produktivität der Arbeit. Aus diesem und anderen Gründen wird die Überzahl von Arbeitern zu einer ständigen Erziehung in den meisten Industrieländern. Dabei ergibt sich der unsinnige aber leicht erklärbare Zustand, daß junge, nicht ausgereifte Menschen begehrte Arbeitskräfte darstellen, während es gleichzeitig für erwachsene Menschen keine Verwendung gibt. Aus solchen Betrachtungen heraus ist wohl auch die gemeinsame Forderung der englischen Gewerkschaften und der Labour-Partei nach Erhöhung des schulpflichtigen Alters zu verstehen, die sie in ihrem Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gestellt haben. Dabei geben sie der Meinung Ausdruck, daß die Zeit gekommen sei, um weitere Schichten der Bevölkerung von der wirtschaftlichen Dienstleistung zu entbinden. Eine solche Befreiung von der Berufsausbildung der Schulzeit, sondern auch durch die übrigen Jugendschulmaßnahmen ein. Die Arbeiterschaft wird sich für ihre steigerte Anwendung einsetzen müssen, um damit gleichzeitig dringenden kulturellen Anforderungen und auch ihren unmittelbaren Lebensinteressen zu entsprechen.

Der Führer der Sozialisten in Argentinien gestorben

Mit Dr. Juan B. Justo, der am 8. Januar 1928 in Buenos Aires starb, verliert die sozialistische Bewegung der Republik Argentinien ihren herausragendsten Führer. Er war 1865 in der Hauptstadt geboren, widmete sich dem medizinischen Beruf und studierte einige Jahre in Wien und Paris. Nach seiner Rückkehr in die Heimat erhielt er eine Lehrkanzel für Medizin an der Universität von Buenos Aires, die er von 1890 bis 1905 inne hatte.

Im Jahre 1892 trat er in die sozialistische Bewegung ein, die damals in Argentinien in ihren ersten Anfängen war. Er gründete mit einigen anderen die sozialistische Gruppe in Buenos Aires, die die Elemente verschiedener schon früher bestehender, unzusammenhängender linker Gruppen (besonders des Deutschen Vaterlandsklubs, der 1882 zur Propagierung des Programms der deutschen sozialdemokratischen Partei gegründet worden war) zusammenfaßte. Im Jahre 1893 schritt die Gruppe in Buenos Aires an die Herausgabe einer Zeitung „El Socialista“, die jedoch nur kurze Zeit bestand. Ein Jahr später gründete die Gruppe die Tageszeitung „La Vanguardia“, die auch heute noch das Organ der argentinischen Partei ist und eine ganz außerordentliche Erwähnung genommen hat. Dr. Justo wurde ihr erster Herausgeber und Chefredakteur. Als im Jahre 1895 eine Zahl kleiner sozialistischer Organisationen sich auf ein gemeinsames Minimalprogramm für die Wahlen, die im folgenden Jahr stattfinden sollten, einigten, war Dr. Justo einer der Parlamentsabgeordneten,

Er gehörte dem Parlament durch lange Legislaturperioden an und war zuletzt Senator für die Provinz Buenos Aires.

Ein begabter Redner und Journalist, war Dr. Justo stets aktiv als Referent und Agitator und übte als solcher großen Einfluss aus. Er veröffentlichte eine große Zahl von Arbeiten über die Theorie und Praxis des Sozialismus, von denen folgende erwähnt sein mögen: „In den Vereinigten Staaten“ (1895), „Studien über das Geld“ (1903), „Die Agrarfrage“ (1917), „Die Sozialistische Internationale“ (1919), ein Programm für internationale sozialistische Aktion (1921), eine spanische Übersetzung des ersten Bands vom Marx „Das Kapital“ (1898, 2. Aufl. 1918).

Der verstorbene Führer vertrat die argentinische Sozialistische Partei bei verschiedenen internationalen Kongressen — er war Vizepräsident der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Bern 1919 — und führte noch den Vorsitz bei dem letzten Parteitag in Buenos Aires im Oktober 1927.

Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat der Sozialistischen Partei Argentiniens zu dem schweren Verlust, den sie durch den Tod ihres großen Führers erlitten, telegraphisch ihr innigstes Beileid ausgesprochen.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250

Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Weiterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12.15—12.55: Konzert für Berufe und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitanlage, Weiterbericht Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Presseberichten 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Weiterbericht und Ratschläge fürs Haus 22: Zeitanlage, Weiterbericht, neueste Presseberichten und Sportfunkdienst.

Mittwoch, den 25. Januar. 15.45—16.15: Aus Büchern der Zeit. — 16.15—17.45: Ungarischer Nachmittag. — 17.45: Abt. Naturwissenschaft. — 18.15: Schlesische Arbeitsgemeinschaft „Wochenende“. — 18.30: Übertragung von der Deutschen Welle, Berlin: Hans-Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Weiterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19.00—19.30: Hans-Bredow-Schule. Abt. Staatskunde. — 19.30—20.00: Hans-Bredow-Schule. Abt. Geschichte. — 20.15: Symphoniekonzert. Anschließend: Die Abendberichte. — 22.30—23.30: Schallplattenkonzert.

Kattowitz — Welle 422

Mittwoch. 16.40: Polnischer Unterricht. 17.20: Geschichtsstunde. 17.45: Übertragung aus Krakau. 18.55: wie vor. 19.35: wie vor. 20.30: Übertragung aus Warschau. 22.00: Tägl. Berichte.

Krakau — Welle 422.

Mittwoch. 16.40: Vorträge. 18.15: Konzert. 18.55: wie vor. 20.30: Übertragung aus Wilna. 22.00: Übertragung aus Warschau.

Bojen — Welle 280,4.

Mittwoch. 12.45: Volkstümliches Konzert. 17.00: Kinderstunde. 17.45: Heitere Stunde. 19.10: Französischer Unterricht. 19.35: Vortrag. 20.30: Konzert. 22.00: wie vor. 22.30: Jazzmusik.

Warschau — Welle 1111.

Mittwoch. 11.40: wie vor. 16.00: Vorträge. 17.45: Kinderstunde, übertragen aus Krakau. 18.15: Nachmittagskonzert. 18.55: wie vor. 19.35: Vortrag. 20.30: Abendkonzert. 22.00: wie vor.

Wilna — Welle 405.

Mittwoch. 17.05: Vorträge. 18.10: Konzert. 19.10: Vorträge. 20.30: Übertragung aus Warschau.

Abori

das selbsttätige Waschmittel macht ohne Schweiß die Wäsche blendend weiß

KANOLD

SAHNENBONBONS von unübertrefflicher Güte Zu haben in Zuckerwaren-Handlungen

General-Vertreter Jgnacy Spira Kraków, Poselska 22.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Dienstag, den 24. Januar, findet im Saale des Zentral-Hotels, abends 7½ Uhr, ein Vortrag von Professor Rath über „Vegetation und Mensch“ statt. Etwa zahlreicheres Erscheinen als das letzte mal ist sehr erwünscht.

Zalejne. Am Sonntag, den 29. Jan. 1928, um 4½ Uhr nachm., spricht Ref. Gen. Dr. Bloch über „Tuberkulose“ mit Bildern. Genossinnen werden besonders um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Königshütte. Am Mittwoch, den 25. d. Ms., abends 7½ Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses ein Vortrag des Genossen Dr. Bloch statt. Wir ersuchen alle unsere Mitglieder um zahlreichen Besuch.

Friedenshütte. Der nächstfällige Vortrag findet am Donnerstag, den 26. Januar, im Lokal des Herrn Smiatek statt. Genosse Buchwald erscheint als Referent. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Versammlungskalender

Wählerversammlung der D. S. A. P. und P. P. S.

Bismarckhütte und Schwientochlowiz. Am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Michalickischen Lokal eine gemeinsame Wählerversammlung der D. S. A. P. und der P. P. S. statt. Alle Gewerkschaftsräte, Kulturgemeinden und Parteigenossen, sowie Genossen sind freundlich eingeladen. Referenten: Genossen Kowoll und Slawik.

Generalversammlungen des Maschinisten- u. Heizerverbandes Eichenau. Freitag, den 27. 1., abends 6½ Uhr.

Schwientochlowiz, 29. Januar, vormittags 10 Uhr.

Die Versammlungen finden durchweg in den bisher benutzten Lokalen statt.

Sozialistische Jugend, Bezirk Oberösterreich. Am Dienstag, den 24. Januar, findet unsere Bezirksversammlung in Krol. Huta, abends 7½ Uhr statt. Erscheinen der Gruppen ist Pflicht.

Kattowitz. Ortsverein der D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt. Die Generalversammlung des Ortsvereins Kattowitz der D. S. A. P. und der Arbeiterwohlfahrt findet am 25. Januar, abends 7 Uhr, im Saale des Zentralhotels, Bahnhofstraße 11, statt. Alle Karteigenossinnen und Genossen werden zu dieser Versammlung eingeladen. Das Referat hält der Genosse Abgeordneter Kowoll. Thema: Die kommenden Sejm- und Senatswahlen. Um vollzähligen Besuch wird gebeten.

Zawodzie. Bergarbeiter. Am 2. Februar (Feiertag) findet in Zawodzie, im Restaurant des Herrn Cugan, die jährliche Generalversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes der Zießstelle Zawodzie statt, zu welcher die Kameraden hiermit eingeladen werden. Vollzähliges Erscheinen sehr notwendig; Buch mitbringen. Referent zur Stelle.

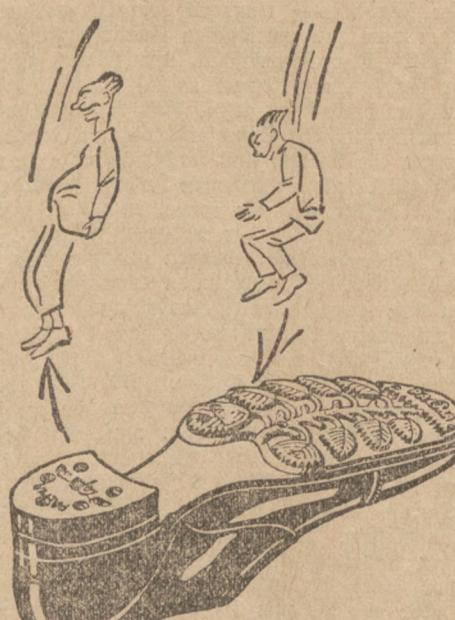
Königshütte. Generalversammlung des D. M. B. Am Sonntag, den 29. Januar, vorm. 9½ Uhr, findet die diesjährige Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Krol. Huta, im Dom Ludowny, ulica 3. Maja 6, statt. Pflicht aller Kollegen ist, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Königshütte. D. S. A. P. Am Freitag, den 27. Jan., abends 7.30 Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses an der ulica 3-go Maja 6 eine Mitgliederversammlung der D. A. P. statt. Als Referent erscheint Sejmabgeordneter Genosse Kowoll. Hierzu sind die Genossen der P. P. S. und Gäste eingeladen.

Nervöse, Neurastheniker

die an Reizbarkeit, Willensschwäche, Energielosigkeit, trüber Stimmung, Lebensüberdruss, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Angst- u. Zwangszuständen Hypochondrie, nervösen Herz- und Magenbeschwerden leiden, erhalten kostengünstige Broschüre von Dr. Gebhard & Co., Danzig Am Leegen Tor 51.

Werbet ständig neue Leser für den „Volkswille“!



PALMA
KAUTSCHUK - ABSATZ
UND - SONLE
WETTERFEST - ELASTISCH -
HYGIENISCHE

Königshütte. Am Dienstag, den 24. Januar, abends 7.30 Uhr, findet im Konferenzzimmer des Volkshauses, an der ulica 3-go Maja 6, eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der D. S. A. P., der P. P. S. und der in der am Sonntag, den 22. Januar in der Bezirksskonferenz gewählten Siebener Wahlkommission statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Nikolai. Freie Sänger. Nächste Chorprobe am Dienstag, den 24. Jan., abends 8 Uhr, unter Leitung von Herrn Studienrat Birkner.

Vermischte Nachrichten

Ein weiblicher Räuberhauptmann.

Zum erstenmal im Kampf gegen das Verbrecherium in Chisago ist die Polizei auf eine wohlorganisierte Bande gestoßen, die bedingungslos dem Kommando eines weiblichen Führers gehorchte. Das Charakteristische dabei ist, daß das junge Mädchen es verstand, sich mit zwei Spieghelfern fast einen Tag gegen die Angriffe von fünfzig Sicherheitsbeamten zu verteidigen. Bei der Festnahme brach die Räuberhaupterin in Tränen aus und bedauerte, nicht noch einige Polizisten in ein besseres Jenseits befördert zu haben. Vor einiger Zeit trat sie in ein Juwelengeschäft in Gesellschaft von drei sehr elegant angezogenen Herren. Als die Angestellten des Hauses sich nach den Wünschen der Kundin erkundigten, wurde ihnen ein „Hände hoch“ zugesetzt und sie mit vorgehaltenem Revolver zum Stillstehen gezwungen. In kurzer Zeit waren 7500 Dollar aus der Kasse erbeutet. Nun hatte die schöne Banditenhaupterin ihre Handtasche beim Verlassen des Ladens vergessen, und dieser Umstand wurde ihr und ihren Genossen zum Verderben. In der Tasche war ihre Adresse verzeichnet. Die Polizei erfuhr, daß es sich um die 23jährige Helene Kimbal handele. Agenten begaben sich nach der Wohnung und fanden die ganze Bande beim fröhlichen Mahle versammelt. Die Polizisten wurden mit Schüssen empfangen und mußten Verstärkung bis zu 50 Mann heranziehen, die eine sörmlich Belagerung in Szene setzten. Das Feuergefecht dauerte mehrere Stunden. Erst die Anwendung von Tränengas konnte die Kapitulation herbeiführen. Die Schüsse aus der Räuberhöhle verstummten allmählich, und die Polizei fand 3 Männer tot auf dem Boden liegen. Von diesen Mädchen war aber keine Spur zu entdecken. Nach Durchsuchung des Hauses erwischte man jedoch Helene Kimbal im Keller. Sie verteidigte sich wie eine Raubende und konnte nur mit Mühe gefesselt und ins Frauengefängnis transportiert werden.

Eine Organisation der Sittlichkeitsverbrecher.

Ein ganzer Klub von Sittlichkeitsverbrechern wird, wie aus Hagen gemeldet wird, in den nächsten Tagen vor dem dortigen Gericht sich zu verantworten haben. Ach! Angeklagte, darunter sechs Familienväter, von denen der eine sechs Kinder hat, haben eine rechte Organsation geschaffen, die abends die Bahnhöfe gegen abstreift, sich an alleinreisende Frauen und junge Mädchen drängt und diese in dunkle Stadtgegenden führt, wo sie dann ihre Opfer unter Drohung mit Schußwaffen vergewaltigt. Fast ein Jahr hindurch konnte das Treiben fortgesetzt werden, ehe es der Kriminalpolizei gelang, diesen Klub auszuheben. In einem Falle haben sich die Verbrecher als Kriminalbeamte ausgegeben, ein 15jähriges Mädchen von ihrer erwachsenen Begleitung getrennt und sich später an dem Kind vergangen. Bisher konnten nur acht bis zehn Fälle aufgedeckt werden, weil die meisten Opfer vor der Anzeige zurückstreckten.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inserenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z o. o. o. Katowice; Druck: „Vita“, naklad drukarski, Sp. z o. o. o. Katowice. Kościuszko 29.

Das Blatt der handarbeitenden Frau
Beyers Monatsblatt für

Handarbeit u. Wasche

Mit vielen Beilagen.
Es erscheint am 20. jedes Monats und kostet 75 pf.,
frei ins Haus 5 pf. mehr.

Ihr Buchhändler führt sie!

VERLAG OTTO BEYER, LEIPZIG

DRUCKSACHEN FÜR PRIVAT- UND GESCHÄFTSVERKEHR

Kataloge, Broschüren, Werke, Jahresberichte sowie Drucksachen für Handel, Gewerbe und Industrie, Festlieder, Einladungen, Diplome, Visiten- und Geschäftskarten, Rechnungen, Verlobungs- und Hochzeitsanzeigen, Tanzkarten, Zirkulare etc.

»VITA« NAKŁAD DRUKARSKI
KATOWICE, UL. KOŚCIUSZKI 29 - TELEFON NR. 2097